

Sitzungsperiode 2024-2025
Sitzung des Ausschusses III vom 16. Januar 2025

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 113 von Frau PETERS (VIVANT) an Minister FRANSSSEN zu den Lehrerstreiks**

Seit Ende letzten Jahres gab es mehrere Lehrerstreiks, die auch in diesem Jahr fortgesetzt werden. Am 07. 11. haben Sie im BRF gesagt: „Das Ziel ist es jedenfalls, bei Streiks eine schulische Betreuung anzubieten.“ Die Gewerkschaften FGTB, CSC und CGSLB haben nun erneut am Montag, den 13. Januar, zum Streik in Brüssel aufgerufen. Lehrer in ganz Belgien, auch hier in Ostbelgien streiken an unterschiedlichen Terminen und haben auch weitere Streiks angekündigt. Dies bedeutet jedes Mal einen Ausfall von Unterrichtstagen für unsere Kinder und gleichzeitig für berufstätige Eltern ein Betreuungsproblem.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

1. Wie wird die Kinderbetreuung während der Streiks gewährleistet?
2. Welche Möglichkeiten haben Eltern, wenn die Schule keine Betreuungsangebote anbietet?

- **Frage Nr. 114 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister FRANSSSEN zu Bestimmungen und Einschränkungen im Zusammenhang mit Streiks**

In einem Beitrag im BRF Fernsehen erklärte Laurie Van Isacker, Gewerkschaftssekretärin der CGSP, am 10. Januar, im Dezember hätten Personen auf ihr Recht zu streiken verzichtet, weil sie bei einer Streikbeteiligung heftige Einschnitte befürchteten. So erklärte sie, es habe seitens „einer Verwaltung“ die Auskunft gegeben, dass die Teilnahme an der Demonstration, zu der die CGSP aufgerufen hatte, dazu führen würde, dass man einen Monat in der Berechnung seines Dienstaltes verliere¹ – also bis zur Rente einen Monat länger arbeiten müsse. Dieses Gerücht kursiert im Zusammenhang mit einer bloßen Streikbeteiligung schon seit Jahren und ist natürlich Gift für die Streikbereitschaft von Personalmitgliedern.

Zeit also, noch einmal ganz deutlich klarzustellen, welche Bestimmungen und möglicherweise auch Einschränkungen es im Zusammenhang mit Streiks für die Personalmitglieder gibt, deren Gehaltsauszahlung seitens der DG getätigt wird, also z. B. im öffentlichen Dienst, im Unterrichtswesen oder in der Kinderbetreuung.

Daher habe ich folgende Fragen, Herr Minister:

1. Welche Auswirkungen hat ein Streik für die Personalmitglieder, deren Gehaltsauszahlung seitens der DG getätigt wird?

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

¹ <https://brf.be/regional/1932991/>.

2. Welchen Unterschied macht eine mögliche Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft?
3. Gibt es Personalmitglieder, deren Gehaltszahlungen seitens der DG getätigt werden, die aber nicht das Recht haben, zu streiken?

• **Frage Nr. 115 von Herrn MERTES (VIVANT) an Minister FRANSEN zu Drogenkontrollen an Sekundarschulen der DG**

Am 10. April berichtet das Grenz-Echo über eine Drogenkontrolle an der Maria-Goretti-Schule in Sankt Vith. Der Titel dieses Artikels lautete: "Kein Drogenfund bei Kontrolle in MG St.Vith".

Diese Kontrolle war Teil der regelmäßigen Vorsorgekontrollen, welche in enger Zusammenarbeit zwischen Polizei und Schulen in der Eifel durchgeführt werden.

Obwohl keine Drogen gefunden wurden, zeigte ein Spürhund bei einem minderjährigen Schüler eine Reaktion. "Dieser hatte keine Drogen bei sich, räumte jedoch ein, gelegentlich zu konsumieren. Der Schüler musste die Beamten zur Polizeiwache begleiten, sein Handy wurde zwecks Auswertung eingezogen und seine Eltern wurden über den Sachverhalt informiert. Eine polizeiliche Vernehmung wird folgen." so das Grenz-Echo in seinem Artikel.

Die Vivant-Fraktion begrüßt solche Kontrollen ausdrücklich, da wir uns der Drogenproblematik sehr bewusst sind und solche Kontrollen deutliche Signale an die Jugendlichen senden. Schon seit längerem fordern wir konsequentes Handeln in diesem Bereich.

Aus der Schülerschaft der Sekundarschulen der DG konnten wir erfahren, dass auch Schüler des 1. und 2. Sekundarschuljahres illegale Drogen konsumieren, bzw. solche anderen Schülern zum Kauf anbieten. Ein Zustand, der sehr besorgniserregend ist!

Hierzu habe ich folgende Fragen an Sie:

1. Wie stehen Sie ganz allgemein zu den Drogenkontrollen an den Sekundarschulen der DG?
2. Wissen Sie, weshalb die Schüler des 1. und 2. Sekundarschuljahres nicht kontrolliert wurden?
3. Können Sie uns sagen, in welchem Rhythmus diese Kontrolle im Süden und im Norden der DG durchgeführt werden?

• **Frage Nr. 116 von Herrn HENN (CSP) an Minister FRANSEN zur Überarbeitung der Rahmenpläne**

Der OECD-Bericht zur Qualität und Chancengleichheit des Bildungssystems in der DG empfiehlt eine Überarbeitung der Rahmenpläne. In der Orientierungsnote zur Bildungsvision 2040 wird ebenfalls angemerkt, dass die Bildungsstandards in den Rahmenplänen aktualisiert werden sollen.

Die Überarbeitung der Rahmenpläne ist daher eng mit dem Erfolg der Gesamtvision verbunden und beide sollten parallel zueinander verfolgt werden.

Um die Lernenden und die Lehrenden angesichts der Fülle der zu erwerbenden bzw. zu vermittelnden Kompetenzen nicht zu überfordern, sollte bei der Überarbeitung der Rahmenpläne darauf geachtet werden, dass diese nicht überfrachtet werden. Die Bildungsstrategie sieht vor, dass da, wo neue Kompetenzen hinzugefügt werden, andere gestrichen werden. Es gilt also, die verschiedenen Kompetenzbereiche angemessen zu gewichten.

Um sinnvolle Veränderungen herbeizuführen, sollte außerdem sichergestellt werden, dass Lehrer und andere relevante Akteure ausreichend in die Überarbeitung der Rahmenpläne einbezogen werden, damit sie die Umsetzung der Vision und der Rahmenpläne aktiv und überzeugt mittragen.

Die internationale Erfahrung zeige nämlich, dass Rahmenpläne nur insofern effektiv sind, als sie von den Lehrern angenommen und aktiv in ihre Arbeit integriert würden. Ein partizipativer Prozess wäre dann gegeben, wenn sichergestellt werden könne, dass auf Schulebene über die Rahmenplanüberarbeitung diskutiert werde.

Dazu meine Fragen:

1. Welchen konkreten Inhalten soll bei der Überarbeitung der Rahmenpläne mehr Raum gegeben werden?
2. Wann sollen die Maßnahmen, die zur Überarbeitung der Rahmenpläne führen, in Angriff genommen werden?
3. Wie sollen die Lehrkräfte in den Prozess der Überarbeitung der Rahmenpläne eingebunden werden?

• **Frage Nr. 117 von Herrn SCHRÖDER (PFF) an Minister FRANSEN zur Harmonisierung der Schulferienzeiten mit den anderen Gemeinschaften**

Seit 2022 gilt in der Französischen Gemeinschaft Belgiens ein neuer Schulkalender, der abwechselnd sieben Wochen Unterricht und zwei Wochen Ferien vorsieht. Dieses Modell wurde von der Flämischen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht übernommen, was bekanntermaßen zu unterschiedlichen Ferienzeiten führt. Für das Schuljahr 2026-2027 sind beispielsweise keine gemeinsamen Ferienwochen zwischen den Gemeinschaften geplant, außer den Weihnachtsferien.

Diese fehlende Synchronisation erschwert die Organisation für Familien mit Kindern in verschiedenen Gemeinschaften. Die Bildungsministerin der Französischen Gemeinschaft, Valérie Glatigny (MR), strebt daher einen Dialog mit den anderen Gemeinschaften an, um zumindest eine gemeinsame Ferienwoche zwischen Januar und Juni zu etablieren. Sollte keine Einigung erzielt werden, plant sie, den französischsprachigen Schulkalender entsprechend anzupassen.²

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind die Schulferien immer noch an christliche Feiertage gekoppelt.

Meine Fragen diesbezüglich lauten:

1. Wie steht die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu den Vorschlägen von Ministerin Glatigny für eine gemeinsame Ferienwoche und wird sie sich aktiv an diesem Dialog beteiligen?
2. Wie bewertet die Regierung die Beibehaltung der Schulferien im Einklang mit christlichen Feiertagen, insbesondere im Kontext einer möglichen Harmonisierung mit anderen Gemeinschaften?

• **Frage Nr. 118 von Frau NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) an Minister FRANSEN zu den Sparmaßnahmen im Unterrichtswesen**

Am Montag streikten in Brüssel in etwa 30.000 Menschen. Hierbei handelte es sich zu einem großen Anteil um Lehrer. Aber auch in der DG wurde zu Protestaktionen aufgerufen und eine Vielzahl an Lehrern nahmen an diesen teil. Die vorgesehene Rentenreform der Arizonaparteien, aber auch die Sparmaßnahmen der DG-Regierung, also die Kürzung der Jahresendprämie, sorgen für enormen Unmut beim Unterrichtspersonal. Noch während der Coronakrise wurde der Beruf des Lehrers immer wieder als systemrelevant und besonders wichtig für die Zukunft kommender Generationen erklärt. Eine Aufwertung des Lehrerberufes stand immer wieder zur Debatte. Jetzt sieht alles ganz anders aus. Von Aufwertung kann nicht mehr die Rede sein. Auch Schulleiter stehen hinter ihrem Personal und zeigen sich besorgt über die Entwicklung im Unterrichtswesen. Selbst Schulleiter in Trägerschaft der DG stehen hinter den Protestaktionen und lehnen die Sparmaßnahmen des Föderalstaates und der DG entschieden ab. Die Verantwortlichen in der Politik scheinen diese Sorge bisher nicht zu teilen. Als SP haben wir uns bereits gegen die Maßnahmen der DG geäußert

² <https://www.rtl.be/actu/belgique/societe/vacances-scolaires-vers-une-semaine-commune-pour-les-ecoliers-francophones-et/2024-09-09/article/708904>
<https://www.rtb.be/article/rythmes-scolaires-glatigny-va-garantir-une-semaine-commune-de-vacances-avec-la-flandre-entre-janvier-et-juin-11431954>.

und auch immer wieder darauf hingewiesen, dass die Schulen motiviertes Personal benötigen, dass die Wertschätzung erhält, die es verdient. Denn wie sagte bereits J.F. Kennedy: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung“.

Dazu stelle ich Ihnen folgende Fragen, werter Herr Minister:

1. Werden Sie angesichts der föderalen, anvisierten Sparmaßnahmen die Streichung des variablen Teils der Jahresendprämie zurücknehmen?
2. Was gedenken Sie zu tun, um dem Unterrichtspersonal die Wertschätzung entgegenzubringen, die es verdient?

• **Frage Nr. 119 von Frau NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) an Minister FRANSEN zur Stellenausschreibung im Rahmen eines pädagogischen Sonderauftrags im Fachbereich Pädagogik**

Am 19. Dezember 2024 wurde ein Stellenangebot im Rahmen eines pädagogischen Sonderauftrags im Fachbereich Pädagogik ausgeschrieben. Dieses Stellenangebot richtete sich an Sekundarschullehrer der DG. Seit Jahren besteht bereits akuter Lehrermangel in der DG. Und fast täglich kann man in Zeitungen, beim Arbeitsamt oder in den sozialen Netzwerken Aufrufe von Schulen finden, welche Unterrichtspersonal suchen. Personal, welches von Seiten der DG aus dem Unterrichtswesen in das Ministerium wechselt, fehlt wiederum, um einen reibungslosen Unterricht zu gewährleisten.

Dazu meine Fragen:

1. Wieviel Personalmitglieder wechselten seit der neuen Legislaturperiode bereits aus den Schulen ins Ministerium oder in ein Kabinett eines Ministers?
2. Sehen Sie vor, weiteres Unterrichtspersonal anzuwerben?